

Stand der Energiepolitik in Schweizer Gemeinden: Ergebnisse einer Umfrage des Energieforums Schweiz und des Schweiz. Gemeindeverbandes

Autor(en): **Energieforum Schweiz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Ingenieur und Architekt**

Band (Jahr): **99 (1981)**

Heft 24

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-74516>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Stand der Energiepolitik in Schweizer Gemeinden

Ergebnisse einer Umfrage des Energieforums Schweiz und des Schweiz. Gemeindeverbandes

Rund 60 Prozent der Gemeinden haben sich an einer Umfrage des Energieforums Schweiz und des Schweizerischen Gemeindeverbandes über den «Stand der Energiepolitik in den Gemeinden» beteiligt. Mit der von der Arbeitsgruppe «Kantone und Gemeinden» des Energieforums veranlassten und von den kantonalen Energiefachstellen unterstützten Erhebung wurden gegen zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung erfasst. Erstmals liegt damit verlässliches und repräsentatives Zahlenmaterial in diesem Bereich vor. Die Auswertung hat ergeben, dass sich viele Gemeinden ihrer Verantwortung hinsichtlich Energiefragen bewusst sind, dass aber noch grosse Motivations- und Informationsarbeit zu leisten ist, wenn die Gemeinden ihre bedeutende Rolle im Rahmen einer künftigen schweizerischen Energiepolitik auf möglichst föderalistischer Basis gerecht werden sollen.

Von den antwortenden Gemeinden (Anzahl der Gemeinden in der Schweiz: 3029) besitzen heute 6 Prozent eine Energiekommission und 12 Prozent einen speziellen Energieverantwortlichen. In 15 Prozent der Gemeinden sind energiepolitisch bedeutsame gesetzliche Vorschriften oder Erlasse vorhanden. Diesen «aktiven» steht allerdings die zurückhaltende Mehrheit gegenüber. In 86 Prozent der Gemeinden ist zurzeit keine Energiekommission und in 58 Prozent auch kein Energieverantwortlicher vorgesehen. Bei 85 Prozent ist zudem ungewiss, ob irgendwelche gesetzliche Bestimmungen vorhanden sind oder nicht. Ungefähr gleiche Grössenordnungen ergeben sich bei der Frage, ob in den Gemeinden bereits Informationskampagnen im Energiebereich durchgeführt wurden. Für 16 Prozent trifft dies zu, während 80 Prozent bislang noch nichts derartiges unternahmen. Immerhin ist die Hälfte der Antwortenden bereit, mit Hilfe von Dritten Informationskampagnen zu organisieren. Ausserdem meldete rund ein Drittel ein Interesse an, die Verantwortlichen der Gemeinde an Ausbildungskurse zu senden.

Die Turbulenzen der vergangenen Jahre im Energiebereich haben in der Bevölkerung das Energiebewusstsein zweifellos stark vergrössert. Dennoch hat dies, das lässt sich aus den Umfrageergebnissen eindeutig ablesen, nicht zu entsprechenden Aktivitäten in den Gemeinden geführt. Dafür dürften mehrere Gründe verantwortlich sein. Als wichtigste sind die folgenden anzuführen:

In weiten Kreisen ist man der Ansicht, Energiepolitik sei ausschliesslich Sache des Bundes und der Kantone. Man müsse deshalb *vorerst abwarten*. Insbesondere erwartete man Lösungen vom zur Diskussion stehenden *Verfassungsartikel des Bundes* und von den *kantonalen Energiegesetzen*. Zweitens werden in vielen Gemeinden die *Energieprobleme als untergeordnet* eingestuft. Sei es, weil beispielsweise der Wärmebedarf vorwiegend mit Holz aus den gemeindeeigenen Waldbeständen gedeckt wird, weil die Gemeinde eine *eigene Energieversorgungsanlage* besitzt oder an eine *regionale Versorgung* angeschlossen ist. Ferner beurteilen zahlreiche Gemeinden ihre Grösse als *zu klein für wirksame energiepolitische Massnahmen*. Dabei gilt es zu bedenken, dass tatsächlich zwei Drittel der Gemeinden weniger als 1200 Einwohner zählen. Ihre verfügbaren Mittel sind zweifellos bescheiden. Trotzdem haben die Gemeinden unabhängig von ihrer Grösse einen eigenständigen Handlungsbereich für energiepolitische Massnahmen. Energiepolitik ist kein Privileg der «Grossen» – auch bei den Gemeinden nicht. Auch wenn heute noch die überwiegende Mehrheit der energiepolitisch aktiven Gemeinden grosse Einwohnerzahlen aufweist, so zeigen doch zahlreiche Einzelbeispiele auch für die «Kleinen» ausreichende Betätigungsmöglichkeiten ohne grosse finanzielle und personelle Belastung.

Es kann nicht das Ziel sein, in jeder Gemeinde eine spezielle Energiekommission einzusetzen. Dies ist zweifellos den

Ergebnis der Umfrage

Beteiligung: etwa 60 Prozent der Gemeinden (= 1800 Gemeinden)

Energiekommission

- eingesetzt 7%
- Einsetzung beabsichtigt 3%
- Einsetzung nicht beabsichtigt 86%
- keine Antwort 4%

Energieverantwortlicher

- bezeichnet 12%
- Bezeichnung beabsichtigt 24%
- Bezeichnung nicht beabsichtigt 58%
- keine Antwort 6%

Ausbildungskurse

- Interesse vorhanden 33%
- kein Interesse 62%
- keine Antwort 5%

Gesetze, Verordnungen, Erlasse

- vorhanden 15%
- ungewiss 85%

Informationskampagnen

- durchgeführt 16%
- nicht durchgeführt 80%
- keine Antwort 4%

Bereitschaft Informationskampagnen durchzuführen

- bereit 48%
- ungewiss 52%

grösseren Einheiten vorbehalten. Indessen muss in jeder Gemeinde ein Verantwortlicher für Energiefragen bezeichnet werden. Diese Lösung bietet eine grösstmögliche Flexibilität und stellt einen schnellen Informationsfluss zur Basis sicher. Eine derartige Institutionalisierung scheint gerechtfertigt. So wie sich die Energiesituation heute präsentiert, müssen wir uns gerade auf der untersten politischen Ebene permanent mit ihr beschäftigen.

Die vorliegende Untersuchung über die Energiepolitik in den Gemeinden hat gezeigt, dass die Information und Motivation der Gemeinden im Bereiche der Energiepolitik weitergehen muss. Das Energieforum Schweiz und der Schweizerische Gemeindeverband beabsichtigen deshalb, gemeinsam mit den kantonalen Energiefachstellen und weiteren Partnern, Massnahmen zu ergreifen, um die bestehende Situation zu verbessern. (Energieforum Schweiz)